

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 34. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 01.07.2019:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 33. Sitzung des Kreisausschusses am 13.05.2019	Anerkannt	
2.	Einwohnerfragestunde		
3.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
3.1.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 04.06.2019: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	450/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
3.2.	Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln	451/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
3.3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.06.2019: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	452/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9,10
4.	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW		
4.1.	Anregung gem. § 21 KrO NRW vom 13.06.2019: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes	453/19 Ablehnung Antrag AfD	MB./ AfD, Seite 11
		454/19 Verweis in den UmwA	MB./ AfD, Seite 12
4.2.	Bürgerantrag der Elterninitiative des Sprachheilkinder Gartens "Die Sprechdachse"	455/19 Ablehnung Antrag SPD	MB./ SPD, LINKE, Seite 14
		456/19 Ablehnung	MB./ SPD, LINKE, Seite 14
5.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 05.05.2019: Richtlinienanwendung beim Radwegebau	457/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 14
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 22.05.2019: Fortlaufende Missachtung des Bonn/Berlin Gesetzes beenden	458/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 16
7.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 04.06.2019: Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland e.V.	459/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 16

8.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.06.2019: Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	460/19 Verweis in den SozA	einstimmig, Seite 16
8.1.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 17.06.2019: Prüfung und Einleitung der Rekommunalisierung des Kinderkrankenhauses Sankt Augustin	461/19 Verweis in den AIG	einstimmig, Seite 19
9.	Entwurf des Gleichstellungsplanes 2019 bis 2024	462/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
10.	17. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis - Anpassung der Beförderungsentgelte -	463/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
11.	Neufassung des Gesellschaftsvertrags der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH	464/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
12.	RWE-Aktien	465/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 20
13.	Mögliche Verkleinerung des Kreistags zur Kommunalwahl 2020	466/19 Empfehlung an KT	MB./ LINKE, E. AfD, Seite 20
14.	Ausschreibung einer Dezernatsleitung	Kenntnisnahme	
15.	Kenntnisnahme von Niederschriften		
15.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2019	Kenntnisnahme	
15.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 18.03.2019	Kenntnisnahme	
15.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.05.2019	Kenntnisnahme	
15.4.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2019	Kenntnisnahme	
15.5.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 09.05.2019	Kenntnisnahme	
15.6.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 26.03.2019	Kenntnisnahme	
15.7.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 20.03.2019	Kenntnisnahme	

15.8.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 15.05.2019	Kenntnisnahme	
15.9.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 06.05.2019	Kenntnisnahme	
16.	Mitteilungen und Anfragen		
16.1.	Planfeststellung für den 8-streifigen Ausbau der A59 zwischen den Dreiecken Sankt Augustin-West und Bonn-Nordost, Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises <b>Nichtöffentlicher Teil</b>	Kenntnisnahme	
17.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW		
17.1.	Sanierung und Erweiterung des Carl-Reuther-Berufskollegs in Hennef: Kücheneinrichtung	467/19 Genehmigung	MB./, AfD, Seite 23
18.	RWE-Aktien	468/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 23
18.1.	Beförderungen von Amtsleitern		
19.	Kenntnisnahme von Niederschriften	Kenntnisnahme	
19.1.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.05.2019	Kenntnisnahme	
19.2.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2019	Kenntnisnahme	
19.3.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 09.05.2019		
20.	Mitteilungen und Anfragen		

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

<b>TO.- Punkt</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Beschluss-Nr./ Ergebnis</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
3.1	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 04.06.2019: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	450/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
3.2	Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln	451/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
3.3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.06.2019: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	452/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9,10
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 22.05.2019: Fortlaufende Missachtung des Bonn/Berlin Gesetzes beenden	458/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 16
7.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 04.06.2019: Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland e.V.	459/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 16
9.	Entwurf des Gleichstellungsplanes 2019 bis 2024	462/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
10.	17. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis - Anpassung der Beförderungsentgelte -	463/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
11.	Neufassung des Gesellschaftsvertrags der EVG Ener- gieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH	464/19 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
12.	RWE-Aktien	465/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 20
13.	Mögliche Verkleinerung des Kreistags zur Kommunal- wahl 2020	466/19 Empfehlung an KT	MB./ LINKE, E. AfD, Seite 20
18.	RWE-Aktien	468/19 Verweis Beratung im KT	einstimmig, Seite 23

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 34. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 01.07.2019:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:10 Uhr  
**Ort der Sitzung:** Raum Rhein  
**Datum der Einladung:** 18.06.2019  
**Einladungsnachtrag vom:** 26.06.2019

### Anwesende Mitglieder:

Landrat (Vorsitzender)  
Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU  
Herr Dr. Torsten Bieber  
Frau Brigitte Donie  
Herr Ivo Hurnik  
Herr Josef Schäferhoff  
Herr Michael Solf  
Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD  
Herr Harald Eichner  
Frau Ute Krupp  
Herr Udo Scharnhorst  
Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE  
Frau Michaela Balansky  
Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP  
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordnete AfD  
Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE  
Herr Michael Lehmann

Schritfführer  
Herr Dirk Kassel



34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete CDU:

Herr Jörg Erich Haselier

Kreistagsabgeordnete SPD:

Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE:

Herr Wilhelm Windhuis

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Frau Udelhoven

Herr Schmitz

Herr Dr. Tengler

Herr Grünhage

Herr Dr. Berbuir

Frau Knorr

Frau Küpper

Frau Waibel

VA Ommerborn (Kreistagsbüro)

VA Rellecke (Kreistagsbüro)

Vertreter der Presse

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
---	--	--

Der Landrat eröffnete die 34. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden.

Er verwies auf die Einladung vom 18.06.2019, den Einladungsnachtrag vom 26.06.2019 und auf die Tischvorlage 1 vom 01.07.2019. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Weiter sagte der Landrat, dass sich für die heutige Sitzung der Abg. Denis Waldästl und der Abg. Wilhelm Windhuis entschuldigt haben. Vertreten werde der Abg. Denis Waldästl durch den Abg. Harald Eichner, der Abg. Wilhelm Windhuis werde durch die Abg. Michaela Balansky vertreten.

Anschließend vereidigte der Landrat die anwesende Abg. Michaela Balansky als Mitglied im Kreisausschuss und händigte ihr die Ernennungsurkunde aus.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, den Bürgerantrag der Elterninitiative des Sprachheilkindergartens „Die Sprechdachse“ unter TOP 4.2 zu beraten und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss stimmt der vorgenannten Erweiterung der Tagesordnung zu.**  
**449/19**

**Abst.-**            **Einstimmig.**  
**Erg.:**

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Der Landrat stellte fest, dass Einvernehmen über die geänderte Tagesordnung bestanden habe.

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 33. Sitzung des Kreisausschusses am 13.05.2019	
---	---	--

Der Landrat sagte, Einwendungen seien nicht erhoben worden. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Landrat sagte, dass Einwohnerfragen nicht vorliegen.

3	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

3.1	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 04.06.2019: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 11.06.2019 und den ergänzenden Antrag vom 24.0.2019.

**B.-Nr.**  
**450/19**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen zu beschließen:**

**Ausschuss für Inklusion und Gesundheit:**

**Die Sachkundige Bürgerin (SkB`in) Martina Ihrig wird anstelle der SkB`in Dr. Christina Trück ordentliches Mitglied.**

**Die Abg. Renate Frohnhöfer wird anstelle der SKB`in Martina Ihrig stellvertretendes Mitglied.**

**Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft:**

**Der SkB Heribert Brauckmann wird anstelle der Abg. Renate Frohnhöfer stellvertretendes Mitglied.**

**Beirat in der JVA Siegburg:**

**Anstelle des Mitgliedes Abg. Alexander Hildebrandt wird der SkB Norbert Kincinski neues ordentliches Mitglied.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3.2	Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 29.05.2019.

Auf Nachfrage bei den Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE stellte der Landrat fest, dass die Besetzung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln wie bisher erfolgen solle und verlas folgende namentliche Benennungen.

**B.-Nr.**  
**451/19**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**

**Zur Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln werden für die Dauer bis zur nächsten Kommunalwahl benannt:**

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
1. Abg. Dr. Torsten Bieber	1. Abg. Brigitte Donie
2. Abg. Jürgen Becker	2. Abg. Ivo Hurnik
3. Abg. Oliver Krauß	3. Abg. Silke Josten-Schneider
4. Abg. Dietmar Tandler	4. Abg. Udo Scharnhorst
5. Abg. Sebastian Hartmann	5. Abg. Cornelia Mazur-Flöer
6. Abg. Michaela Balansky	6. Abg. Lisa Anschutz

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

3.3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.06.2019: Nachbesetzung und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 24.06.2019.

**B.-Nr.**  
**452/19**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen in folgenden Ausschüssen und Gremien zu beschließen:**

**Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung:**

**Als neue Sachkundige Bürgerin (SkB`in) wird Frau Kerstin Salchow anstelle der ausgeschiedenen Abg. Ursula Studthoff ordentliches Mitglied.**

**Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:**

**Als neue Kreistagsabgeordnete wird Frau Barbara Heymann anstelle der Abg. Ursula Studthoff ordentliches Mitglied.**

**Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft:**

Als neue Kreistagsabgeordnete wird Frau Barbara Heymann anstelle der Abg. Ursula Studthoff ordentliches Mitglied.

**Jugendhilfeausschuss:**

Der Abg. Claus Müller wird anstelle des Abg. Björn Seelbach ordentliches Mitglied. Die neue Abgeordnete Frau Barbara Heymann wird anstelle der Abg. Ursula Studthoff persönliche Stellvertreterin.

**Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis mbH, GWG (Aufsichtsrat):**

Die SkB Mario Dahm wird anstelle des Abg. Achim Tüttenberg ordentliches Mitglied.

**Regionalrat des Regierungsbezirks Köln:**

Der Abg. Dietmar Tandler wird anstelle des Abg. Achim Tüttenberg ordentliches Mitglied.

**Abst.-  
Erg.:**

Einstimmig.

4	Anregungen und Beschwerden gem. § 21 KrO NRW	
4.1	Anregung gem. § 21 KrO NRW vom 13.06.2019: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes	

Der Landrat verwies auf die Bürgeranregung von Herrn Arno Behlau von attac Rhein-Sieg und schlug vor, die Anregung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zu verweisen.

Abg. Skoda sagte, er sei nicht der Ansicht, dass die Bürgeranregung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zur Beratung verwiesen werden solle, da sie aus formaljuristischen Gründen abgelehnt werden müsse. Als Teil der Verwaltung sei er der Meinung, dass man nicht befugt sei, sich selbst Regeln aufzuerlegen, nach denen man eine Entscheidung treffe. Man habe ausschließlich nach Gesetz und Verfassung zu entscheiden. Deshalb könne sich der Kreistag und die Verwaltung als solche aus formaljuristischen Gründen eine derartige Regelung nicht auferlegen.

Er bat, dass die Verwaltung diese Angelegenheit durch den juristischen Dienst prüfen lasse. Darüber hinaus behalte sich seine Fraktion vor, diesen Antrag aus rechtlichen Gründen prüfen zu lassen, einschließlich eventuellen dienstrechtlichen und strafrechtlichen Implikationen.

Sei der Kreistag ein gesetzgebendes Organ, wären die formulierten Regelungen durchaus möglich. Ebenso würde es sich verhalten, wenn das Land beschließe, dass sich die Kreisverwaltung nach den Regelungen zu richten habe. Als Verwaltung sei man jedoch dazu nicht befugt.

Er beantrage, über seinen Antrag auf Ablehnung der Bürgeranregung getrennt abzustimmen.

Der Landrat erwiderte, durch einen Verweis in den Fachausschuss erfolge keine Wertung in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht und wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine flächendeckende Anregung handele, die an viele Kommunen gerichtet worden sei. Die geringste Zahl der Kommunen habe diese Anregungen und Anträge mit dem Hinweis der Unzuständigkeit abgelehnt.

Durch einen Verweis in den Fachausschuss binde sich weder der Landrat noch die Verwaltung. Zudem erkenne er keine juristischen Implikationen.

Abg. Skoda sagte, seiner Meinung nach seien die Räte in den Gemeinden gesetzgeberische Organe. Der Kreistag habe hingegen keine gesetzgeberische Kompetenz, da er ein Teil der Verwaltung sei.

Abg. Dr. Bieber wies darauf hin, in Deutschland gäbe es mit Land und Bund zwei Ebenen, die gesetzgeberisch tätig werden können. Auf kommunaler Ebene besitze man die Satzungshoheit. Kreise und Kommunen seien hierbei identisch und seien Teile der Verwaltung mit entsprechenden Satzungsrecht. Sie verfügten über kein Gesetzesinitiativ- und Beschlussrecht.

Darüber hinaus habe der Kreisausschuss in der Vergangenheit inhaltlich nie über Bürgeranträge bzw. Bürgeranregungen debattiert, da man der Ansicht sei, dass diese Beratungen in den Fachausschüssen erfolgen sollten. Hierzu habe die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zu erstellen.

Zudem halte er es für fair, dass man einen Antrag, der in mehreren Kommunen gestellt wurde und augenscheinlich nicht unzulässig sei, in einem Fachausschuss zu beraten und inhaltlich zu diskutieren, anstatt ihn aus verschiedenen Argumenten abzulehnen, die möglicherweise einer rechtlichen Überprüfung nicht standhielten.

Abg. Tendler bat, die Bürgeranregung für eine inhaltliche Diskussion in den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen. Dem stimmte der Abg. Steiner zu und ergänzte, dass in dem Fachausschuss die entsprechenden Fachleute wären, die diese Thematik erörterten.

Abg. Dr. Lamberty merkte an, dass es sich bei dieser Bürgeranregung eben um eine Anregung handele. Man mache dem Kreistag demnach keine Vorschrift. Darüber hinaus schlug er ebenfalls vor, die Bürgeranregung in dem Fachausschuss zu beraten

Dann ließ der Landrat zunächst über den Antrag des Abg. Skoda bezüglich der Ablehnung der Bürgeranregung abstimmen.

**B.-Nr.**  
**453/19**

**Der Kreisausschuss lehnt den Antrag des Abg. Skoda, die Bürgeranregung abzulehnen, ab.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB./I. AfD.**

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dann ließ der Landrat über den Verweis der Bürgeranregung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft abstimmen.

**B.-Nr.**            **Der Kreisausschuss verweist die Bürgeranregung zur weiteren Beratung in**  
**454/19**            **den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.**

**Abst.-**  
**Erg.:**            **MB./ AfD.**

4.2	Bürgerantrag der Elterninitiative des Sprachheilkindergartens "Die Sprechdachse"	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf den Bürgerantrag der Elterninitiative des Sprachheilkindergartens „Die Sprechdachse“ vom 22.06.2019 und merkte an, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 17.12.2018 die Zukunft des Sprachheilkindergartens festgelegt habe. Demnach habe man eine eindeutige Beschlusslage, dass die Trägerschaft des Kreises mit Ablauf der Kindergartenjahres 2019/2020 für die heilpädagogische Einrichtung „Die Sprechdachse“ ende und die Verwaltung beauftragt worden sei, Überlegungen für den Ausbau eines Systems „frühe Hilfen“ sicherzustellen und hierüber dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit regelmäßig zu berichten.

Der Bedarf an logopädischer Förderung für Kinder sei unbestreitbar und bestehe weiter. Er müsse jedoch in einer geänderten Förderlandschaft abgedeckt werden. An diesen Rahmenbedingungen habe sich seit dem Kreistagsbeschluss im Dezember 2018 nichts geändert, sodass seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, den Bürgerantrag abzulehnen und an der bestehenden Beschlusslage festzuhalten. Unabhängig davon sei das Bestreben, behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern möglichst schnell eine Förderung zukommen zu lassen. Über den Ausbau einer Struktur früher Teilhabe werde im Fachausschuss berichtet.

Er schlage vor, den Bürgerantrag abzulehnen.

Abg. Tandler sagte, man müsse den Bürgerantrag in der Art verstehen, dass die Eltern eine gewisse Rechtssicherheit für ihre Kinder erlangen wollten. Er beantrage, den Bürgerantrag nochmal in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, um diese Thematik intensiv zu beraten.

Abg. Steiner sagte, der Landrat habe zu Recht mitgeteilt, dass es keine neuen Erkenntnisse bzw. Veränderungen in der Grundlage des Kreistagsbeschlusses gäbe. Eine erneute Diskussion des Bürgerantrages im Fachausschuss halte er für nicht richtig, da er Hoffnungen bei den Eltern wecke, die nicht erfüllt werden könnten. Es sei wichtiger, Lösungen und Alternativen für die betroffenen Kinder zu finden. Das Sozialamt arbeite daran und man könne sich darauf verständigen, dass das Sozialamt über den bisherigen Fortschritt der Maßnahmenfindung berichte.

Im Sinne einer Rechtssicherheit halte er es für wichtig, dass der Kreisausschuss in der heutigen Sitzung über den Bürgerantrag entscheide.

Der Landrat verwies auf den einstimmigen Beschluss zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages in der Kreistagssitzung am 17.12.2018, wonach die Verwaltung beauftragt worden sei, Überlegungen für den Aufbau eines Systems der frühen Hilfen aus diagnostischer Sicht anzustellen und dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit regelmäßig zu berichten. Er befürchte, dass ein Verweis des Bürgerantrags Hoffnungen bei den Betroffenen wecke, die man nach der Beschlusslage nicht erfüllen könne. Dadurch setze man falsche Zeichen in die verkehrte Richtung.

Abg. Tandler entgegnete, der Bürgerantrag solle aufgrund seiner ausführlichen Begründung akzeptiert werden und demnach in den Fachausschuss zur weiteren Beratung verwiesen werden, um ihn folglich mit den neuen Erkenntnissen und Ergebnissen der Verwaltung zu erörtern.

Abg. Dr. Bieber bemerkte, bei der Anmeldung der Kinder im Jahre 2017 für den Besuch des Sprachheilkindergartens sei den Eltern bekannt gewesen, wann dieser Kindergarten schließen werde. Wenn sich jetzt darüber hinaus Betreuungsbedarf ergebe, habe man in Kenntnis des Schließungsbeschlusses die Kinder angemeldet.

Aufgrund der Tatsache, dass man diese Angelegenheit mit allen Facetten diskutiert und letztendlich nach eineinhalb Jahren einen Beschluss gefasst habe, müsse man an diesem Beschluss festhalten.

Darüber hinaus ziele der Antrag auf die Sicherstellung einer Perspektive der Mädchen und Jungen über das Jahr 2021 hinaus. Das sei eine Angelegenheit der Verwaltung. Wenn die Politik sich in jedem Einzelfall einmische, würde sie keine Kommunalpolitik mehr betreiben, sondern Aufgaben der Sachbearbeitung der Verwaltung.

Da die Verwaltung über diese Thematik im Fachausschuss berichten werde, sei diese Angelegenheit nach Auffassung seiner Fraktion ausreichend behandelt. Schließlich sei das oberste Ziel der Verwaltung, dem Kindeswohl nachzugehen.

Abg. Lehmann erwiderte, man könne nach einem halben Jahr eine andere Sicht auf die Probleme bekommen haben. Darüber hinaus sei im Dezember 2018 eine einstimmige Beschlussfassung zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages darauf zurückzuführen -zumindest spreche er für seine Person-, dass der Landrat sich für eine möglichst gleichförmige Weiterführung dieses Angebotes einsetze. Zudem verstehe er nicht, warum man nicht die Möglichkeit ergreife, diese Angelegenheit in einem Fachausschuss auszuarbeiten und somit ggf. zu weiteren Erkenntnissen gelange.

Bezüglich des Aufbaus eines Systems der frühen Hilfen sagte der Landrat, dass die Verwaltung in den Fachausschusssitzungen regelmäßig berichten werde.

Abg. Steiner sagte, es sei ein Unterschied zwischen der Intention des Bürgerantrags, eine Weiterführung der Einrichtung und der Beschlusslage, dass ein Weg und Alternativen gefunden werden, um kein Kind zurückzulassen. Diese Alternativen könne die Verwaltung in der nächsten Fachausschusssitzung der Politik vorstellen. Ein Verweis des Bürgerantrags suggeriere hingegen einen möglichen Erhalt der Einrichtung und setze ein falsches Signal.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Lamberty, ob bereits Alternativen seitens der Verwaltung mitgeteilt werden können, antwortete der Landrat, die Verwaltung werde zur nächsten Fachausschusssitzung eine entsprechende Vorlage erstellen.

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dann ließ der Landrat über den Antrag des Abg. Tandler, den Bürgerantrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen abstimmen.

**B.-Nr.**  
**455/19**

**Der Kreisausschuss lehnt den Antrag des SPD-Kreistagsfraktion, den Bürgerantrag zur weiteren Beratung im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen ab.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ SPD, LINKE.**

Dann ließ der Landrat über den Bürgerantrag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**456/19**

**Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Bürgerantrag wird abgelehnt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ SPD, LINKE.**

5	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 05.05.2019: Richtlinienanwendung beim Radwegebau	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 28.05.2019.

**B.-Nr.**  
**457/19**

**Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bei der Beurteilung und dem Bau von Radwegen an Kreisstraßen die jeweils gültigen Richtlinien der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) anzuwenden. Hier sind dies insbesondere die Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL 2012), die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) und die Empfehlung für Radverkehrsanlagen (ERA 2010).**

**Die „Richtlinie für die Beurteilung und den Bau von Radwegen an Kreisstraßen“ des Rhein-Sieg-Kreises ist entbehrlich und wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 22.05.2019: Fortlaufende Missachtung des Bonn/Berlin Gesetzes beenden	

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 22.05.2019.

Abg. Lehmann sagte, seine Fraktion verfolge mit dem Antrag die Intention, die Diskussion über die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetz weiter aufrecht zu erhalten. Falls jemand das Versprechen geben könne, dass wieder 50% der Arbeitsplätze im Bonner Raum angesiedelt würden, sei die Angelegenheit erledigt.

Der Landrat bemerkte, dass im Zuge des Rutschbahn-Effektes unter seinem Vorgänger ein Rechtsgutachten erstellt worden sei, welches jederzeit eingesehen werden könne. Hieraus ergebe sich, dass das Berlin/Bonn-Gesetz keine Anspruchsgrundlage für den Erhalt der Arbeitsplätze im Bonner Raum biete. Es habe hingegen durch § 11 eine sogenannte Öffnungsklausel, wonach dieses Gesetz durch vertragliche Vereinbarungen ergänzt oder vervollständigt werden könne. Die Koalitionsvereinbarung der Koalitionäre in Berlin habe diese Option aufgegriffen, sodass der Bund mit der Region über eine ergänzende Vereinbarung verhandeln solle, um diese Öffnungsklausel des Gesetzes auszufüllen.

Die Arbeitsgruppe Berlin/Bonn-Gesetz habe es geschafft, über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg ein Leitbild zu verabschieden und vereinbart, nach der Sommerpause in konkrete Verhandlungen mit der Regierung in Berlin einzutreten. Es sei das Ziel, diese Verhandlungen zeitnah bis zum Jahresende zu Ende zu führen.

Es sei unstrittig, dass es eine fortlaufende Missachtung des Gesetzes gebe und er halte es für unerträglich, dass eine Bundesregierung gegen geltendes Recht nachhaltig verstoße. Man habe jedoch keine Möglichkeit, das zu verhindern. Er könne lediglich auf das verweisen, was man in der Region vereinbart habe. Aus diesem Grund gehe der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und Gruppe im Kreistag FUW/Piraten ins Leere.

Abg. Tandler sagte, es sei die originäre Aufgabe des Landrates des Rhein-Sieg-Kreises bei diesem Thema präsent zu sein. Es sei positiv hervorzuheben, dass der Kreis sich bei diesem Thema einig sei, welche Zielrichtung man verfolge. Jedoch bestehe die Gefahr, dass dieses Thema bei einer entsprechenden Fluktuation der Abgeordneten im Bundestag von der Tagesordnung verschwinde.

Aus diesem Grund sei ein gemeinsames Auftreten aller Beteiligten aus der Region erforderlich, damit das Berlin/Bonn-Gesetz in der Realität Praxis werde.

Der Landrat wies auf den letzten Satz des Antrages hin, wonach eine neue Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Inneren, die dem gültigen Gesetz entspreche, Ziel sein solle. Diesen Weg habe man bereits eingeschlagen. Anhand der vorherigen Erläuterungen zu diesem Thema könne der Abg. Lehmann den Antrag als erledigt bezeichnen.

Abg. Lehmann sagte, der Antrag sei unspezifisch verfasst, sodass der Landrat ihn auf einer Kreistagssitzung auf die Tagesordnung nehmen könne, da er die Politik über die Entwicklungen zum Berlin/Bonn-Gesetz informiere.

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Landrat bemerkte, dass der Antrag bereits für die Tagesordnung der Kreistags-sitzung am 04. Juli 2019 berücksichtigt worden sei.

Abg. Steiner sagte, statt eines einzelnen Antrags einer Fraktion halte er einen ge-meinsamen Antrag aller Fraktionen für sinnvoller, um die Standpunkte für die Region zu unterstreichen, falls der derzeit eingeschlagene Weg in die falsche Richtung ge-he.

Da man jedoch derzeit auf einem guten Weg sei, wäre zusätzlicher Druck nicht das richtige Mittel.

Dann schlug der Landrat vor, den Antrag zur weiteren Beratung in die Sitzung des Kreistages am 04.07.2019 zu verweisen.

**B.-Nr.  
458/19**      **Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in die Sitzung des Kreistages am 04.07.2019.**

**Abst.-  
Erg.:**      **Einstimmig.**

7	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 04.06.2019: Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland e.V.	
---	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNE vom 04.06.2019.

**B.-Nr.  
459/19**      **Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in die Sitzung des Kreistages am 04.07.2019.**

**Abst.-  
Erg.:**      **Einstimmig.**

8	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.06.2019: Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 12.06.2019 und schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration zu Verwei-sen.

**B.-Nr.  
460/19**      **Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den Aus-schuss für Soziales, Gleichstellung und Integration.**

**Abst.-  
Erg.:**      **Einstimmig.**

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8.1	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 17.06.2019: Prüfung und Einleitung der Rekommunalisierung des Kinderkrankenhauses Sankt Augustin	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 17.06.2019.

Abg. Lehmann sagte, seine Fraktion sei der Ansicht, dass die Daseinsvorsorge in diesem Fall im Kreis nicht erfüllt werde. Darüber hinaus solle man gegen das Gewinnstreben von Asklepios entgegenwirken. Asklepios habe den guten Ruf der Kinderklinik zerstört. Im Jahre 2016 habe die Zeitschrift Der Spiegel sich des Klinikkonzerns Asklepios angenommen. Demnach habe sich der Konzern den Ruf eines Renditetreibers erarbeitet, der auf den Rücken von Ärzten, Pflegeern und Patienten Gewinne mache.

Es stelle sich die Frage, was dagegenspreche, dass man von Seiten der Politik in Verbindung mit Bonn einen Weg suche, die Kinderklinik Sankt Augustin der Uniklinik in Bonn anzugliedern, um die erhöhten Krankenkassensätze der Augustiner Klinik zukommen zu lassen und um einem Missstand in Sankt Augustin zu begegnen.

Der Grund für das Abwandern der leitenden Ärzte aus Sankt Augustin nach Bonn liege nicht an einer höheren Verdienstmöglichkeit, sondern an den besseren Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus habe die Zeitschrift „Der Spiegel“ festgestellt, dass die Pflegekräfte überlastet und die Ärzte mit strengen Vorgaben auf Renditeerzielung ausgerichtet seien.

Der Fall des Asklepios-Konzerns zeige die Folgen, wenn der Staat einen elementaren Teil der Daseinsvorsorge in die Hände privater Unternehmen gebe.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, mit diesem Antrag nutze die Fraktion DIE LINKE die Sorgen und Nöte von Eltern und Beschäftigten, um sich zu profilieren. Anhand des Antrags sei erkennbar, dass man sich mit diesem Thema nicht vernünftig auseinandergesetzt habe, sondern man habe Fragen aneinandergereiht, die mit Recherche hätten beantwortet werden können. Darüber hinaus habe man sein Wissen aus Zeitungen bezogen statt den Landrat aufzufordern, die rechtliche und tatsächliche Sachlage zu ermitteln, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen, welchen Weg man einschlagen wolle.

Durch die Methodik der Antragstellung mache man sich hier als Gesprächspartner unglaubwürdig. Er empfehle, sich dieser Thematik gründlicher zu widmen.

Abg. Steiner sagte, er sei nicht der Ansicht, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Chance besitze diese Fehlstellungen im Bundesgesundheitsystem, was das Thema Klinikfinanzierung angehe zu korrigieren. Es könne nicht im Interesse der Kommunen liegen, die entstehenden Lücken in der gesundheitlichen Versorgung zu schließen, die sie nicht finanzieren können. Es müsse eine Diskussion erfolgen, wie solche Sachen zukünftig finanziert würden.

Hinsichtlich einer angedachten Kooperation zwischen der Kinderklinik in Sankt Augustin und der Uniklinik in Bonn sei er der Meinung, dass die Uniklinik kein Interesse daran habe, zumal sie zur Sicherung ihres eigenen Standortes darum gekämpft habe Zuständigkeiten an den Venusberg verlagert zu bekommen.

Bezüglich der Antragstellung der LINKE-Fraktion teilte er mit, dass man versuchen solle, mit anderen Fraktionen eine sachliche Lösung zu erörtern. Das sei ein praktikabler Weg, um etwas Wichtiges in der Sache zu erreichen.

Weiter führte der Abg. Steiner aus, dass man dieses Thema sensibel aufgreifen müsse. Er sei froh, dass der Landrat und der Sozialdezernent dieses in dieser Art durchführen und die entsprechenden Gespräche auf den Weg gebracht hätten, um eine Lösung zu finden.

Bei der Diskussion um den Krankenhausstandort Eitorf habe man die Erfahrung gemacht, wie das Resultat aussehe, wenn eine Angelegenheit „hochkocht“ und eine Richtung einnehme, die man nicht gewollt habe. Das müsse man versuchen zu verhindern.

Abg. Skoda schlug statt des Antrages auf Rekommunalisierung vor, dass die Politik der Verwaltung einen rechtlichen und sachlichen Prüfauftrag erteile, über welche Optionen der Kreis oder ggf. mit der Stadt Sankt Augustin gemeinsam über Eingriffsmöglichkeiten verfüge.

Mittels einer entsprechenden Verwaltungsvorlage könne die Politik das weitere Vorgehen beraten.

Der Landrat sagte, er schließe sich dem Redebeitrag des Abg. Steiner an. Es seien bereits Gespräche geführt und Termine in dieser Angelegenheit vereinbart worden. Zunächst sei auch der Träger der Klinik in Hamburg gefordert, zu erklären, wie es mit der Kinderklinik weitergehe. Weiter bemerkte der Landrat, er habe wenig Hoffnung, dass das Kinderherzzentrum weitergeführt werde. Es gäbe noch andere Bereiche der Kinderklinik, die vor allem für die kinderärztliche Versorgung existenziell seien. Nach Informationen der Verwaltung würden dort Kinder kinderärztlich in einem täglichen Umfang einer Größenordnung von 4 bis 5 Kinderarztpraxen betreut.

Er hoffe, dass die Verwaltung bis September mehr Klarheit erlange, um im entsprechenden Fachausschuss darüber zu berichten. Derzeit seien die Überlegungen und Verhandlungen nicht weit genug fortgeschritten, um damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Vor diesem Hintergrund sei sein Vorschlag, den Antrag in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, damit im September mittels Vorlage eine Berichterstattung erfolgen könne.

Abg. Tandler gab zu verstehen, eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens würde keinen Erfolg versprechen. Das Thema müsse hingegen gemeinsam mit allen Beteiligten erörtert werden. Die Kinderklinik habe einen großartigen Ruf und die Menschen machten sich Gedanken, was folge, wenn diese Klinik abteilungsweise geschlossen werde.

Er werde sich dem Vorschlag des Landrates anschließen und einen Verweis des Antrages in den Fachausschuss zustimmen.

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Landrat sagte, man habe darüber hinaus eine juristische Prüfung in Auftrag gegeben. Das Ergebnis werde man der Politik vorstellen. Aus diesem Grund rege er an, den Antrag in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, um in dieser Sitzung umfassend zu berichten.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit.**  
**461/19**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

9	Entwurf des Gleichstellungsplanes 2019 bis 2024	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personalausschusses am 06.05.2019.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Gleichstellungsplan für den Zeitraum 01.07.2019 bis 30.06.2024 zu verabschieden.**  
**462/19**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

10	17. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis - Anpassung der Beförderungsentgelte -	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 28.05.2019.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die der Beschlussvorlage als Anhang 1 beigefügte 17. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 04.07.2019 zu erlassen.**  
**463/19**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

11	Neufassung des Gesellschaftsvertrags der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 26.06.2019.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:**  
**464/19**

**Der Rhein-Sieg-Kreis stimmt der Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH (EVG) nach Maßgabe des anliegenden Entwurfs (Anhang 1) zu. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung ergeben sich aus der anliegenden Synopse (Anhang 2).**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

12	RWE-Aktien	
----	------------	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 26.06.2019 und schlug vor, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Kreistages am 04.07.2019 zu verweisen.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss verweist die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Kreistages am 04.07.2019.**  
**465/19**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

13	Mögliche Verkleinerung des Kreistags zur Kommunalwahl 2020	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung vom 13.06.2019. Er merkte an, dass aufgrund der Größe und der Bevölkerungszahl des Kreises eine angemessene Vertretung der Bürgerinnen und Bürger im Kreistag notwendig sei. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass sich bei einer Reduzierung der Zahl der Vertreter die Zahl bzw. der Zuschnitt der Kreiswahlbezirke entsprechend ändern.

Um diese Verwerfungen so gering wie möglich zu halten, schlage die Verwaltung vor, den Kreistag von 72 Sitze auf 70 Sitze mittels Satzung zu reduzieren.

Abg. Skoda teilte mit, seine Fraktion habe zu dieser Thematik noch offene Punkte zu diskutieren. Aus diesem Grund werde er sich bei der heutigen Beschlussfassung enthalten.

**B.-Nr.**      **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die in der Anlage 1 beigefügte Satzung mit der Ergänzung zu beschließen, dass der Kreistag um 2 Sitze auf 70 Sitze verkleinert wird.**  
**466/19**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB ./ LINKE, Enth. AfD.**

14	Ausschreibung einer Dezernatsleitung	
----	--------------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung und teilte mit, die Verwaltung beabsichtige, eine Personalberatungsfirma zu beauftragen und wies auf die Problematik der Personalakquise im öffentlichen Dienst hin. Man erwarte, dass dadurch eine Vielzahl von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten am Bewerbungsverfahren teilnehmen.

Der Landrat stellte fest, dass das beabsichtigte Vorgehen der Verwaltung zur Kenntnis genommen wurde.

34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
15	Kenntnisnahme von Niederschriften	
15.1	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.2	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 18.03.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.3	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.05.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.4	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 21.03.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.5	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 09.05.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 26.03.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.7	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 20.03.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
15.8	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 15.05.2019	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		



34. Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

15.9	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 06.05.2019	
------	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis

16	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

16.1	Planfeststellung für den 8-streifigen Ausbau der A59 zwischen den Dreiecken Sankt Augustin-West und Bonn-Nordost, Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung vom 13.06.2019.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass noch die Abstimmung mit der Stadt Sankt Augustin gesucht werde, da der Grundsatz zeige, dass eine gemeinsame Verfolgung von Zielen effektiver sei.

Weitere Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor. Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**